

lant arbeitende Jugendhilfe, wie sie zur Zeit nicht besteht, aber dringend gefordert werden muß.

- Es besteht die Notwendigkeit, die Struktur der gesamten Jugendhilfe zu überprüfen und zu verändern.
- Jugendhilfeträger selbst sind zu wenig flexibel: stationäre Hilfen sind durch Pflegesätze kostendeckend finanziert (zum Teil durch den überörtlichen Träger); das gilt nicht für die ambulanten Maßnahmen, die nicht kostendeckend bezuschußt werden.
- Neben der überholten Monopolstellung der Heimerziehung sind die nicht nur verbal beratenden offenen Hilfen gefragt. Vor allem gefragt sind Konzepte einer stadtteilbezogenen Arbeit, die Konflikte am Ort der Entstehung angeht.

1978 begannen wir auf dieser Basis, die Erziehungshilfe in Kassel zu analysieren. Wir meinten, es könne nicht nur Zufall sein, daß fast alle der 600 Kinder und Jugendlichen, die nicht bei ihren Eltern leben konnten, aus einigen wenigen ähnlich strukturierten Wohnbezirken kamen. In diesen Wohnbereichen litten die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen unter dem Negativeimage, immer zuständig zu werden, wenn es zur Hilfe in der Familie zu spät war, so daß Sorgerechtsentzüge beantragt werden mußten und Fremdplazierungen folgten.

Da trotz einer Veränderung im Recht der elterlichen Sorge (§ 1666a BGB) die Reform des Jugendhilferechts auf sich warten ließ, haben wir uns nach ausgiebiger Diskussion mit allen Beteiligten der Erziehungshilfe am Ort vom Magistrat der Stadt auf der Grundlage des Kommissionsberichtes, der oben zitiert wurde, Grundsätze für die Tätigkeit unseres öffentlichen Jugendhilfeträgers beschließen lassen. Dadurch sollte das Schwergewicht der Erziehungshilfen von der Krisenintervention in Akutfällen zur vorbeugenden Hilfe verlagert werden. Die Unterbringung für Kinder und Jugendliche sollte auf diejenigen Fälle reduziert werden, in denen Entwicklungsstörungen in der Herkunftsfamilie und -umgebung nicht ausreichend beseitigt werden können. Das Oberziel dieser Grundsätze war, die entsprechenden alternativen Voraussetzungen zu schaffen, um zu erreichen, daß die Trennung von Kindern und Jugendlichen von ihrer Familie künftig seltener notwendig wird. Beziehungsabbrüche und Betreuungswechsel sollten möglichst vermieden werden. Kinder sollten möglichst ihre Eltern und Eltern möglichst ihre Kinder behalten können.

Auf Grund des ausgearbeiteten Erziehungshilfe-Atlas wurden Übungs- und Erfahrungskurse (Erziehungskurse) und sozialpädagogische Familienhelfer in mehreren Stadtteilen mit größerem Erziehungshilfebedarf gezielt und umfangreich ausgebaut (je 13 Mitarbeiter/innen). Ähnlich regional gezielt wurden im Rahmen der Neuorganisation der Sozialen Dienste 17 Stellen geschaffen und regional eingesetzt. In den Erziehungshilfe-Schwerpunktgebieten wurden die Gruppenstärken in den Kindertagesstätten auf 12–15 reduziert und darauf hingewirkt, daß Erziehungsberatungsstellen regionalisiert wurden. In 4 Stadtteilen wurden Stadtteilarbeitskreise ins Leben gerufen und darüber hinaus ein großes städtisches Erziehungsheim 30 km außerhalb Kassels aufgelöst und in Tages- und Dauerwohngruppen im Stadtgebiet umgewandelt. Die Zahl der selbständig wohnenden Jugendlichen ist um 40 gestiegen und 30 Jugendliche, die sonst in spezialisierte Heimerziehung gemußt hätten, bekamen teilstationäre Plätze mit sozialpädagogischer Berufsausbildung in realen, nicht künstlichen Betrieben.

Alle oben geschilderten zusätzlichen, teilweise kostspieligen Erziehungshilfen konnten kostenneutral mit den gleichen Haushaltsmitteln eingerichtet werden, so daß heute rechtzeitige intensive Erziehungshilfe für erheblich mehr Kinder, Jugendliche und Familien finanziert werden kann. Das war natürlich nur dadurch möglich, daß es einen Rückgang der von ihren Eltern getrennten Kindern und Jugendlichen um ein Drittel in 3 Jahren gegeben hat. Heute sind nicht 600, sondern 370 Kinder und Jugendliche von ihren Eltern getrennt und dies nicht mehr durchschnittlich 4–6 Jahre lang und auch erst ab einem höheren Lebensalter.

Der Rückgang an Belegungen hat auch die Einrichtungen in Kassel und Umgebung betroffen, wenngleich durch die ortsnäheren Unterbringungen diese Entwicklung abgefedert wurde. Die Einrichtungen und Träger in der Umgebung kannten die Diskussionen im Kasseler Jugendamt und richteten sich mit ihrem Angebot im positiven Sinne darauf ein. Eine Reihe von Trägern — auch unser eigenes Jugendamt — mußte ihre stationären Plätze reduzieren. Da in den letzten Jahren (und wohl auch in der Zukunft) Unterbringungen in sozialpädagogischen

Einrichtungen unumgänglich waren, haben diejenigen Einrichtungen keine Belegungsprobleme, die den modernen Anforderungen am ehesten entsprechen. Das gilt insbesondere für kleine überschaubare Gruppen mit Kontinuität in der Beziehungsarbeit, in denen Kinder und Jugendliche lernen, auf eigenen Füßen zu stehen, ohne den notwendigen Kontakt zu ihrer Familie zu verlieren.

Mit Hilfe der Stiftung Deutsche Jugendmarke und des Hessischen Sozialministers führt das Institut für Soziale Arbeit e. V. in Münster zur Zeit das Forschungsvorhaben „Zielgruppen, Bestand und Wirkungen ausgewählter Erziehungshilfen des Jugendamtes der Stadt Kassel“ durch. Mit Ergebnissen wird nach 18monatiger Arbeit in diesem Frühjahr gerechnet.

Ein sehr hoher Anteil der Jugendlichen in Einrichtungen gehört noch zu den geburtenstärkeren Jahrgängen. Daraus und aus der abzusehenden Entwicklung auch in anderen Jugendamt-bereichen sowie der Tatsache, daß sich Veränderungen im Jugendwohlfahrtsrecht in der Tradition der Diskussion aus zwei Jahrzehnten in die Richtung der Kasseler Praxis ergeben werden, ist zu schließen, daß in etwa 5 Jahren nur noch halb soviel Kinder und Jugendliche in Einrichtungen leben werden wie 1980.

Die Planungsverantwortung des örtlichen Jugendhilfeträgers (nur gegen ihn können Minderjährige und Eltern Rechtsansprüche einklagen) wird dadurch beeinträchtigt, daß er nur für einen Teil der Erziehungshilfen zuständig ist. Wenn die Jugendämter durch ein neues JWG auch die Zuständigkeit für die derzeitige FEH und FE erhalten, wird es zu einer Verstärkung des oben beschriebenen Trends kommen.

Da es immer weniger Ersatzerziehung und immer mehr Hilfen zur Erziehung geben wird, sind folgende Bereiche als Teil einer Profession der Jugendhilfe zu sehen: ambulante, offene, nicht nur verbal beratende Hilfen, wie sozialpädagogische Familienhilfen, ASD, Übungs- und Erfahrungskurse usw. — teilstationäre Einrichtungen wie Tagesheime, teilstationäre Berufsausbildung usw. — Wohngruppen aller Art (stationär).

Diese und andere Hilfen zur Erziehung unterliegen dem Grunde nach dem gleichen Konzept und können dem Grunde nach vom gleichen Personal gegeben werden. Das heißt auch, daß Mitarbeiter zwischen diesen Bereichen wechseln können. Dabei wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen größer werden, die im privaten Haushalt von Mitarbeitern der Jugendhilfe in sogenannten Erziehungsstellen aufwachsen. Diese professionellen Pflegestellen bringen nicht nur Vorteile für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, die einmal ihren Tätigkeitsbereich wechseln und gleichzeitig noch mehr Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeit nehmen wollen.

Die Hilfe zur Erziehung, die man immer auch im Zusammenhang mit anderen Teilbereichen der Jugendhilfe wie Kindertageseinrichtungen und Jugendarbeit usw. sehen muß, hat eine einheitliche Grundlage in Auftrag, Konzept, Profession und Ausbildung der Mitarbeiter/innen. Die Träger sollten einen Pool von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern für ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen (und Zwischenformen) vorhalten. Die Jugendämter brauchen einen Pool von Haushaltsmitteln, um die Kosten für Hilfen und Erziehung in einem dieser Bereiche zu tragen, wenn die angestrebte Hilfe die im Einzelfall richtige Hilfe zur Selbsthilfe zur rechten Zeit und am rechten Ort ist. Flexibilität in diesem Sinne gehört die Zukunft. Wir müssen uns an dem tatsächlichen aktuellen, aber meistens auch nur vorübergehenden Bedarf von Kindern, Jugendlichen und Familien orientieren und nicht an dem Bedarf von Trägern und Institutionen, die Gebäude, Personal und Haushalte vorhalten und institutionalisieren.

Die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen und deren Familien hat sich in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert. Viele Familien sind nicht mehr in der Lage, ihren Kindern Geborgenheit und den Aufbau geglückter Beziehungen zu vermitteln sowie Wege für eine selbständige Lebensführung zu ebnet. Die Betroffenen von Hilfen zur Erziehung sind aber überwiegend gleichzeitig betroffen von der wirtschaftlichen Strukturkrise. Familienkrisen als Folge von tatsächlichen oder drohenden Arbeitsplatzverlusten ist heute angemessener zu begegnen als durch die Herausnahme von Kindern. Von der sozialpädagogischen Familienhilfe über die Schuldnerberatung zur zeitweiligen Entlastung bis zur Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach einer neuen Erwerbstätigkeit eröffnet sich ein weiteres Feld für eine moderne Sozialarbeit.